

vpod
zürich

Pflichtlektion

Aktionstag
am 28.09. gegen Abbau-Politik

Bis 2019 will der Zürcher Regierungsrat 1.8 Milliarden Franken an öffentlichen Ausgaben streichen. Jetzt formiert sich mit einem kantonalen Aktionstag am 28. September Widerstand.

Das vom Regierungsrat geplante Abbaupaket läuft unter dem harmlos klingenden Begriff «Leistungsüberprüfung 2016» (LÜ16). Leistungen zu überprüfen bedeutet jedoch offenbar vor allem den Abbau zentraler öffentlicher Leistungen. LÜ16 bedroht damit die Qualität der kantonalen Grundversorgung und betrifft Angestellte und Bürger_innen gleichermaßen.

Trotz positiven Jahresabschlusses 2015 und eines mittelfristigen Ertragsüberschusses von 1.351 Milliarden Franken (Ausgleich 2008-2015) setzt der Regierungsrat den Rotstift an. In der Finanzplanung 2016-2019 drohe ein Loch von 1,8 Milliarden Franken, das vor allem mit Ausgabenkürzungen gestopft werden soll. Betroffen wären vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit und öffentlicher Regionalverkehr. So soll z.B. bei Schüler_innen gespart werden (grössere Klassen), bei Lehrlingen (Schliessung von Lehrwerkstätten), bei Suchtkranken (reduzierte Öffnungszeiten von Anlaufstellen), bei den Spitälern (Festschreibung tiefer Fallpauschalen), bei der Frauenberatung (Flora Dora), sowie bei Geflüchteten (Budget Nothilfe). Selbst der ZVV, der trotz konstantem Ausbau den schweizweit höchsten Kostendeckungsgrad ausweist, soll mit noch zu definierenden Massnahmen zur Kasse gebeten werden.

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz ist der Kanton Zürich dazu verpflichtet, mittelfristig ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Diese so genannte «Ausgabenbremse» hält fest, dass der Kanton Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben ergreifen muss, wenn abzusehen ist, dass das Budget nicht ausgeglichen ausfällt. Seit 2001 griff das Gesetz bereits mehrere Male und hatte umfangreiche Abbau-Pakete zur Folge. Insgesamt wurden seither 5,7 Milliarden Franken an Ausgaben gekürzt, wovon knapp 2/3 auf die Bereiche Bildung (1,2 Milliarden), Gesundheit (1,1 Milliarden) und Personal (1,1 Milliarden) entfielen.

Während der Regierungsrat am Anfang der 2000er Jahre noch spezifische Abbaupläne vorlegte und damit

den Widerstand der Betroffenen hervorrief, werden heute nur noch departmentsspezifische Generalkürzungen verordnet – Konkretes folgt dann scheinbar schleichend. Die Salomitaktik des Regierungsrats erschwert damit absichtsvoll eine integrale Kritik dieser Abbaupolitik.

Einnahmenseitig liegen dem viel beschworenen «Sparzwang» zurückgehende Mittel zugrunde, die Ergebnis einer jahrzehntelangen Fiskalpolitik zugunsten reicher Einzelpersonen und Grossunternehmen ist. Alleine zwischen 1996 und 2006 wurden Steuersenkungen von insgesamt einer Milliarde Franken durchgesetzt, die seither jährlich in der Kasse des Kantons fehlen. Hinzu kamen Steuerreformen wie die Unternehmenssteuerreform II, die ein riesiges Loch in die Kasse des Kantons gerissen hat. Mit der USR III droht nun bereits der nächste «bürgerlich» verantwortete Steuerausfall. Statt mit Kürzungen den Service Public infrage zu stellen und auf Kosten des Personals zu sparen, stünde vielmehr ein kritischer Blick auf die gesamtgesellschaftliche Lastenverteilung an.

Ein Bündnis unter Beteiligung des VPOD Zürich organisiert nun am 28. September 2016 einen kantonalen Aktionstag gegen dieses Abbau-Paket. Tagsüber finden dezentrale Aktionen statt, die am Abend in eine zentrale Kundgebung münden. Die Besammlung beginnt um 18:00 Uhr am Bürkliplatz, gestartet wird kurz vor 19:00 Uhr. Es ist wichtig, dass wir uns als betroffene Bürger_innen gegen die geplante Abbaupolitik zur Wehr setzen und zahlreich teilnehmen!

Mehr Informationen zum Aktionstag unter www.kaputtgespart.ch. ■

Roseli Ferreira, Gewerkschaftssekretärin des VPOD Zürich
Lehrberufe



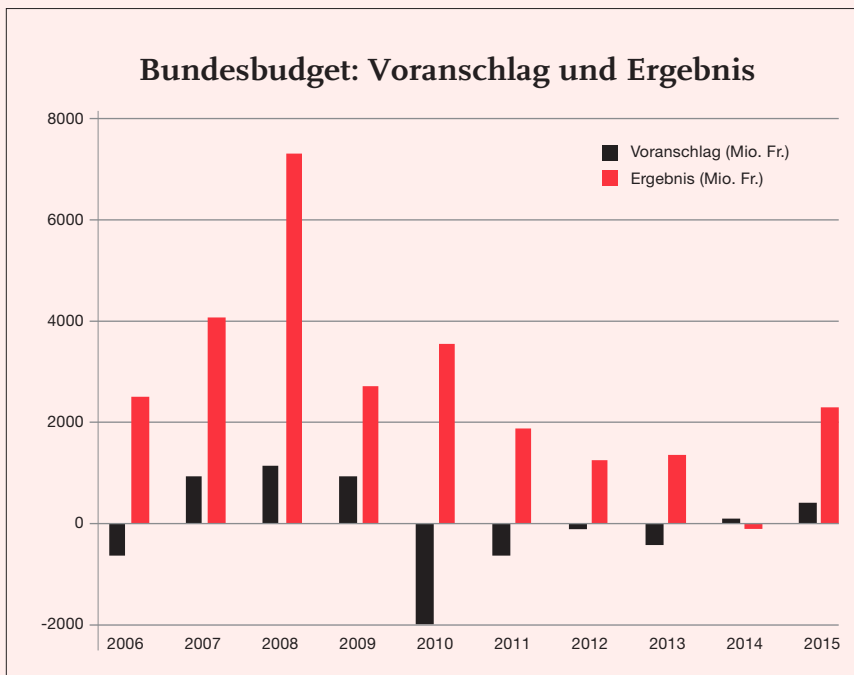
Bildung wird kaputtgespart

Nicht nur der Kanton Zürich, sondern auch andere Deutschschweizer Kantone und der Bund streichen die Bildungsinvestitionen zusammen. Der Bund plant bei Bildung und Forschung bis 2019 rund 550 Millionen Franken zu kürzen. In den Kantonen beträgt der Abbau bei Anstellungsbedingungen und Schulqualität für die Jahre 2016 bis 2018 in etwa gleich viel. Doch die desaströse Finanzpolitik ruft nun breiten Widerstand hervor.

Der Bund streicht aus der Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2019 rund 2,8 Milliarden Franken. Am stärksten Federn lassen muss die Entwicklungshilfe. An zweiter Stelle folgt Bildung und Forschung, 550 Millionen Franken und damit 20 Prozent des gesamten Abbaupaketes geht zu Lasten der ETH Zürich und Lausanne sowie weiteren Forschungsanstalten. Der Bundesrat vermeldet, dass die Sparmassnahmen in dieser Höhe nötig werden, um die ausfallenden Steuereinnahmen aus der verschlechterten Wirtschaftslage zu kompensieren. Angesichts der massiven Steuergeschenke in den letzten Jahren ein blanker Hohn. Ausgleichende Massnahmen auf der Einnahmeseite gehören bei den Bürgerlichen zum politisch Undenkbaren. In der Schweiz hat sich eine Kultur des «Gürtel-enger-Schnallens» etabliert. Dem Service Public wird dabei leichtsinnig die Luft abgeschnitten. Bereitwillig opfern Politiker_innen die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und die Arbeitsbedingungen der Angestellten, welche diese Dienstleistungen

«Die Finanzen werden schlecht geredet, um den Service Public kaputtzusparen.»

Seit Jahren verrechnet sich der Bund massiv bei der Budgetierung



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

erbringen. Diese Bereitschaft ist umso erstaunlicher, da aus volkswirtschaftlicher und finanzpolitischer Sicht der Abbau widersinnig ist. Er beruht nicht auf einer fundierten Analyse der Kantonsfinanzen, sondern ist vielmehr einer Fehlbudgetierung und dem Willen geschuldet, den Staat zu verscherbeln. Denn um die Bundesfinanzen steht es weitaus weniger schlimm, als uns das bürgerliche Finanzpolitiker weismachen wollen.

Bund spart an der Realität vorbei

Gemessen an allen Voranschlägen seit 2006 hätte der Bund ein Minus von 218 Millionen Franken erzielen müssen. In Tat und Wahrheit resultierten aber Überschüsse in der Höhe von 26.9 Milliarden Franken. So endete auch das letzte Jahr mit einem überraschend hohen Überschuss. Um fast zwei Milliarden Franken hat sich der Bund verrechnet. Die Nachricht, dass das Ergebnis besser ausfällt, als erwartet wurde, kommt mittlerweile so verlässlich, wie das Amen in der Kirche: Mittlerweile rechnet das Finanzdepartement für das Jahr 2016 mit

Kantone kürzen beim Service Public

Die Kantone stehen in Sachen Abbaupakete dem Bund in nichts nach. Diese streichen über eine halbe Milliarde Franken bei der Bildung.

Im Aargau sollen die Dienstaltersgeschenke sukzessive abgeschafft werden, die Dauer der Lohnnachzahlung im Todesfall wird reduziert und alle Volksschullehrpersonen müssen pro Woche eine Lektion zusätzlich unterrichten. Zudem gibt es im Jahr 2017 keine Lohnerhöhungen. Dies bereits zum dritten Mal in Folge. Die Aargauer Lehrer_innen haben Widerstand angekündigt. Geplant sind mehrere Protestaktionen und eine grosse Kundgebung vor dem Grossratsgebäude während der Unterrichtszeit.

Der Kanton Luzern schnürt das grösste Abbaupaket seiner Geschichte. Betroffen sind Menschen mit Behinderung, Eltern und Schulkinder, ÖV-Benützer_innen und ganz besonders die Angestellten beim Kanton. Gegen diesen Abbau des Service Public hat sich eine «Allianz für Lebensqualität» gebildet. Die breite Allianz bestehend aus dem VPOD und zahlreichen Parteien und Verbänden lancieren drei kantonale Initiativen.

Vom Corporate Watchdog zur kantonalen Bildungspolitik

einem Überschuss von 1,7 Milliarden Franken. Budgetiert wurde ein Defizit von 500 Millionen Franken. Das Ergebnis wäre sogar erfreulich, wenn der Bundesrat daraus die richtigen Schlüsse ziehen würde. Doch die verbesserte Ausgangslage veranlasst Bundesbern nicht dazu, auf die Abbaumassnahmen zu verzichten. Im Gegenteil: Das nächste Sparprogramm ist bereits in Planung. Der Bundesrat hat angekündigt im zweiten Halbjahr ein weiteres Abbauprogramm für die Jahre 2018 bis 2020 vorzulegen. Die Bürgerlichen haben ein Glaubwürdigkeitsproblem. Seit Jahren werden unnötige Sparübungen mit Fehlkalulationen legitimiert. Die massiv besseren Rechnungsergebnisse bleiben wiederum ohne Auswirkungen. Gute Finanzierungsergebnisse haben kaum Folgen auf die Investitionspolitik. Das zeigt, dass das Sparen kein Naturgesetz, sondern politisch gewollt ist. Der Widerstand gegen den Abbau bedarf ebenfalls einer politischen Antwort, damit unsere Bildung nicht kaputtgespart wird. ■

Fabio Höhener, Gewerkschaftssekretär VPOD Lehrberufe Zürich

Mit der Bildungs-, Gesundheits- und ÖV-Initiative fordern sie einen starken Service public. Zudem findet am 27. September 2016 eine «Landsgemeinde für Lebensqualität» statt. Im Luzerner Kantonsrat wollen die Direktbetroffenen über das Abbaupaket und mögliche Alternativen für einen lebenswerteren Kanton diskutieren.

Die Mehrzahl der Kantone hat in den letzten Jahren Kürzungen im Bildungsbereich beschlossen oder bereits umgesetzt. Der Dachverband «Lehrerinnen und Lehrer Schweiz» (LCH) geht davon aus, dass von 2013 bis 2015 Kürzungen im Bildungsbereich in der Höhe von 265 Millionen Franken beschlossen wurden. Dazu kommen noch die geplanten Kürzungen zwischen 2016 und 2018 in den Deutschschweizer Kantonen im Umfang von mehr als einer halben Milliarde Franken. Die weitaus höchsten Abstriche betreffen direkt die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen wie Lohnkürzungen oder Pensenerhöhungen. Ebenfalls oft sind die Unterrichtsbedingungen betroffen: Die Klassengrößen werden erhöht und Lektionen gestrichen.

Ich ahnte nichts Böses, als ich im Januar diesen Jahres eine ruhige Minute nutzte, um eine Tasse Tee zu trinken und meine privaten Mails zu lesen. Das Kind war noch in der Schule, das Mittagessen köchelte vor sich hin, ein ungewöhnlich friedlicher Montagmorgen, da traf es mich beim Überfliegen eines seit jeher abonnierten Job-Newsletters wie ein Blitz – der VPOD Zürich war auf der Suche nach einer Gewerkschaftssekretärin! War das nicht vielleicht etwas für mich? Gewerkschaftsarbeit! Bildungspolitik! Gleichstellung! Der portugiesischen Seconda, Tochter eines Metallarbeiters und einer Carearbeiterin, schlug das Herz bis zum Hals.

Eigentlich war ich gar nicht auf Stellensuche. Seit fast neun Jahren arbeitete ich bei der Erklärung von Bern (jetzt Public Eye) in der digitalen Kommunikation und war zufrieden damit. Als ehemalige Journalistin hatte ich dort 2007 meine Traumstelle gefunden; insbesondere die Projektarbeit und das Campaigning hatten es mir angetan. Natürlich brachte ich als Gründungsmitglied der dortigen Personalkommission und VPOD-Mitglied ein grosses Interesse an arbeitsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Fragen mit; und immerhin hatte ich zusammen mit Kolleg_innen erfolgreich einen GAV abgeschlossen. Aber würde diese gewerkschaftliche Erfahrung reichen, um beim VPOD zu landen (übrigens eine selbstkritische Frage, die sich wohl meist nur Frauen, internalisiertem Sexismus sei Dank, vor einer Stellenbewerbung stellen)? Wie Sie es sich an dieser Stelle bereits sicher denken können: Ja!

Seit Juli führt mich nun meine morgendliche Velofahrt zum Bahnhof Wiedikon, und obwohl ich es nach neun Jahren fast erwartete, bin ich noch kein einziges Mal aus autopilotenhafter Nostalgie stattdessen an der Dienerstrasse gelandet. Womöglich hat das damit zu tun, dass mir meine neue Aufgabe so gut gefällt. Bestimmt trägt jedoch auch das tolle Team dazu bei, dass ich mich von Anfang an an der Birmensdorfer Strasse wohlfühlt habe. Mich erwarten vielfältige Herausforderungen beim VPOD. Ich weiss, dass vielerorts die Spielräume für gewerkschaftliche Arbeit eng sind und dass diese teilweise durch eine als alternativlos angepriesene Abbau-Politik enger werden. Meine langjährige berufliche Erfahrung hat mich jedoch gelehrt, dass Räume nur dann entstehen, wenn sie geschaffen werden. Das ist mein Job. Ich freu mich drauf. ■

Roseli Ferreira, Gewerkschaftssekretärin VPOD Lehrberufe Zürich



Foto: zvg

Roseli Ferreira: Mit Helm und Weitblick

Ja zur Initiative AHVplus

Während sich Pensionskassen auch dank Negativzinsen in der Krise befinden, und den Pensionierten Rentenverluste drohen, trägt die AHV trotz demographischer Entwicklung seit der letzten Lohnprozentanpassung 1975 doppelt so viele Renten wie damals. Eine bescheidene Erhöhung der Lohnbeiträge um je 0,4 Prozent für Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmende reichte, um die Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent zu finanzieren. Mit einem Bruttolohn von 5000 Franken würde eine heute 30-Jährige etwa 20 Franken mehr im Monat bezahlen, aber nach der Pension monatlich fast 200 Franken mehr Rente erhalten. Um mit der 2. Säule auf dasselbe Rentenniveau zu kommen, müsste sie 40'000 Franken zusätzlich ansparen. Der VPOD setzt sich im Sinne existenzsichernder Frauenrenten für ein JA zu dieser Vorlage ein. Mehr Informationen zur Initiative unter <http://ahvplus-initiative.ch>

Kinderbetreuungsinitiative Ja

Im Kanton Zürich müssen Eltern viel mehr für die Kinderbetreuung bezahlen als in anderen Kantonen. Mit der Einrichtung eines kantonalen Betreuungsfonds soll sich das nun ändern. Unternehmen würden 0.2 bis 0.5 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme in den Fonds einzahlen – jährlich kämen so mindestens 120 Millionen Franken zusammen. Mit diesen Mitteln können die Gemeinden dafür sorgen, dass Krippen und Horte für alle bezahlbar werden. Betreuungsfonds dieser Art haben sich

bereits in den Kantonen Waadt, Freiburg und Neuenburg bewährt. Durch die Erweiterung der Finanzierungsbasis wird sichergestellt, dass die Kosten des wachsenden Angebots für die Gemeinden tragbar bleiben. Der VPOD unterstützt das JA zu dieser Vorlage. Mehr Infos unter <http://kinderbetreuung-ja.ch/>

BVK: Rentenziel unerreichbar

Zu den Kritiker_innen der BVK gehören die Zürcher Bezirksgerichte. Im September 2015 hielten sie fest, dass es sich bei den beschlossenen Anpassungen im Grunde um einen Rentenabbau von 10-15 Prozent handelt. Am 15. Juni 2016 fand nun eine Aussprache zwischen einer Delegation der Bezirksgerichte und der BVK statt. In einem Arbeitspapier der Bezirksgerichte heisst es: «[...] dass die von Ihnen vorgenommene Aktualisierung der versicherungstechnischen Grundlagen per 1. Januar 2017 für praktisch alle Versicherten das formulierte Rentenziel von 60 Prozent deutlich unerreichbar macht. Es bleibt für uns daher fraglich, ob die von Ihnen beschlossene Regelung mit der Stiftungsurkunde und namentlich dem darin statuierten, vom Regierungsrat am 30. Mai 2007 beschlossenen Stiftungszweck vereinbar ist.» Mehr Informationen im Protest-Ticker <http://bvk-monitor.ch>

Lauf gegen Rassismus

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Sie lassen ihre Heimat hinter sich, um Sicherheit und Schutz zu suchen. Einmal in «sicheren» Ländern angekommen, sind sie oft

Parolen

25. September 2016

KANTON ZÜRICH

Volksinitiative Bezahlbare Kinderbetreuung **Ja**

EIDGENÖSSISCH

Volksinitiative AHVplus **Ja**

Volksinitiative grüne Wirtschaft **Ja**

Nachrichtendienstgesetz **Nein**

KOMMUNAL – STADT ZÜRICH

Instandsetzung und Umbau Schulhaus Schütze **Ja**

Ersatzneubau Schulhaus Schauenberg **Ja**

erneut struktureller Gewalt ausgesetzt. Umso wichtiger ist es, sich auch hier zu engagieren und ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung zu setzen – für Offenheit und Solidarität! Am 18. September findet in Zürich der 15. Lauf gegen Rassismus statt. Die Gelder des Sponsor_innenlaufs kommen Organisationen wie der SPAZ oder der ASZ zugute. Weitere Informationen zum Lauf gegen Rassismus unter www.laufgegenrassismus.ch ■

Agenda

Lauf gegen Rassismus
Sonntag, 18. September 2016,
ab 10:00 Uhr
Bäckeranlage, Zürich

Abstimmungssonntag
Sonntag, 25. September 2016

Kantonaler Aktionstag gegen das Abbaupaket
Mittwoch, 28. September 2016,
Demonstration ab 18:00 Uhr
Bürkliplatz, Stadthausanlage

Gesellschaftliches und politisches Engagement nach der Pensionierung
Mit: Ruth Gurny, Soziologin, Denknetz, ehemalige Leiterin der Forschungsstelle des Departements Soziale Arbeit ZHAW
Donnerstag, 29. September 2016,
17:00 Uhr
VPOD Sitzungssaal, 5. Stock

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind auch aufrufbar unter:
www.zuerich.vpod.ch/kalender

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.vpod-zh.ch, **Redaktion:** Roseli Ferreira und Fabio Höhener, **Layout und Druck:** ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 4 / September 2016**, erscheint fünf Mal jährlich, 1. Jahrgang, Auflage: 3800